

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.85 Beleggebühr, beim eigenen Bekant bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postkontonummer Hannover 67577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile mit 10 Wörtern oder deren Raum 10 Pfennig. Mehrere 90 Wörtern. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postkontonummer Hannover 67577.

Nr. 195.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 22. August 1931.

13. Jahrgang.

Im Glück nicht stolz sein und im Leid nicht zagen,
Das Unvermeidliche mit Würde tragen,
Das Rechte tun, am Schönen sich erfreuen,
Das Leben lieben und den Tod nicht scheuen
Und fest an Gott und bessere Zukunft glauben,
Heißt Leben, heißt dem Tod sein Bittres rauben!

Karl Streckfuß

Deflationskrise und Agrarproduktenpreise.

Von Dr. Kurt Ritter,

Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule, Berlin.

Die jetzige Krise, wenigstens die Zuspitzung, die sie seit Juli erfahren hat, wird in ihren Ursachen ziemlich einheitlich beurteilt. Die Fachleute auf volkswirtschaftlichem Gebiet, deren Ansichten üblicherweise sonst recht auseinandergehen, stimmen ausnahmsweise überein; die jetzige katastrophale Zuspitzung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse wird von ihnen als Deflationskrise bezeichnet. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Preise wieder ihrem Vorkriegsstand zustreben. Es ist das Gegenteil dessen, was sich in der Inflation abgespielt hat, als der Geldwert dauernd sank und deshalb die Preise in die Höhe schossen. Die jetzige Senkung des allgemeinen Preisniveaus kann auch mit keinem Mittel der Wirtschaftspolitik aufgehalten werden, sofern man die Sicherung der Währung als oberstes Gebot bezeichnet. Nur wenn man sich zu inflationistischen Maßnahmen entschließen würde, könnten allgemeine Preisrückgänge scheinbar aufgehalten werden. Aber eine neue Inflation wäre ja das Schlimmste, was sich in Deutschland ereignen könnte. Deshalb wehrt man sich allerorten gegen sie. Sie brächte nur vorübergehend diesem oder jenem Wirtschaftszweig eine scheinbare Erleichterung, bedeutete aber auf lange Sicht eine noch weitere Untergrabung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wenn nun auch eine allgemeine Preisenkung als unumgängliche Voraussetzung für die innere Gesundung angesehen wird — denn die Wiederhergangsetzung des Zahlungsverkehrs, und auch nur des inländischen, darf über den Ernst der Situation nicht hinwegtäuschen, so ist damit noch nicht gesagt, daß man gegenüber allen wirtschaftlichen Erscheinungen die Hände untätig in den Schoß legen dürfte. Vor allen Dingen darf dies nicht in einem Lande wie Deutschland geschehen, in dem allerorten weitestgehende Eingriffe des Staates in die Wirtschaft bereits erfolgt sind. Man mag wie der Verfasser dieser Zeilen der Meinung sein, daß die weitgehende Belastung der öffentlichen Hand mit allen möglichen ungesunden Unternehmungen aller Wirtschaftszweige etwas für die Gesamtheit durchaus unerfreuliches ist, weil damit den Steuerzahlern die Erhaltung gerade der ungesunden Unternehmungen zugemutet wird. Man mag diese weitgehenden Eingriffe des Staates als eine besondere Form allmählicher Sozialisierung betrachten, die deshalb scharfe Zurückweisung verdient, weil hier die unerfreuliche Kreuzung von Kapitalismus und Sozialismus vor sich geht, die man sich denken kann. Aber nachdem nun einmal seit Jahren dieser Weg beschritten ist und nachdem in der jüngsten Zeit das Reich zwangsläufig mit Rücksicht auf die vielen kleinen Sparer bei Sparkassen und Banken seine fürsorgende Hand auch auf die Banken ausgedehnt und damit diesen bisher liberalistischen Wirtschaftszweig in eine Art Sozialisierung einbezogen hat, nachdem ferner jetzt der Zahlungsverkehr gegenüber dem Ausland unter staatliche Aufsicht gestellt wurde, kann man auf keinen Fall allen in der Wirtschaft wirkenden Kräften ungehemmten Lauf lassen. Um so weniger, als die Notverordnungen sich überschlagen und Bestimmungen, noch ehe sie sich auswirken, schon wieder abgeändert werden. Beispiel: Die Devisenbewirtschaftung.

Was sich jetzt im Zeichen staatlicher Bindungen auf denjenigen Gebieten abspielt, in die staatliche Eingriffe noch nicht erfolgt sind, liegt außerhalb der liberalen Idee eines ungehemmten Wirkens der Wirtschaftskräfte. Ein Teilliberalismus ist kein Liberalismus. Im Gegenteil, es besteht die große Gefahr, daß, nachdem erhebliche Teile des wirtschaftlichen Ablaufs in Zwangssysteme gepreßt sind, nunmehr große Schädigungen gerade dort aufkommen, wo regelnde Bestimmungen noch nicht erlassen sind. Dort konzentrieren sich dann die Nachteile des Kapitalismus.

Man mag es als einen Fluch bezeichnen, daß weitgehende staatliche Eingriffe auf einem Gebiet dann notwendigerweise bald auch auf allen anderen Gebieten solche nach sich ziehen. Aber wer A gesagt hat, muß auch

B sagen; oder aber er muß die Folgerung daraus ziehen und die ersten Maßnahmen wieder rückgängig machen. Doch ein schneller plötzlicher Abbau der staatlichen Fürsorgemaßnahmen, wie sie auf zahllosen Gebieten der Wirtschaft vorhanden sind, ist gerade im Augenblick undenkbar.

Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist für die Landwirtschaft von weittragender Bedeutung. Denn ihr droht die große Gefahr, zum Hauptleidtragenden der jetzigen Situation zu werden. Auch wenn im Zeichen einer Deflation bei den Agrarproduktenpreisen Preisenkungen nicht zu vermeiden sind, müssen sich doch die Vor- und Nachteile dieser Preisenkung für die einzelnen Wirtschaftszweige ungefähr die Waage halten. Nur dann bringt diese Deflation der Gesamtheit Nutzen.

Ein völliger Ausgleich zwischen Vorteilen und Nachteilen ist selbstverständlich nicht möglich. Aber es handelt sich jetzt auch gar nicht um Kleinigkeiten. Die Besorgnisse, die in dieser Richtung gehegt werden müssen, knüpfen nämlich daran, daß hier und da besonders katastrophale Preiszusammenbrüche aufkommen. Diese Gefahr besteht bei den Agrarerzeugnissen vor allen Dingen dann, wenn sich Gläubiger aus Sorge um ihre an die Landwirtschaft gegebenen Kredite jetzt bei Schwierigkeiten in der Zins- und Kapitalzurückzahlung durch Verschleuderung der Ernte schadlos zu halten suchen. Die deutsche Landwirtschaft steht aber auch sonst allgemein unter stärkstem Verkaufszwang.

Die Preise der einzelnen Erzeugnisse stehen zu einander nicht in einem festen Verhältnis. Fortdauernde Wandlungen gehen vor sich. Auch die Preise der einzelnen Agrarerzeugnisse zu einander unterliegenden Veränderungen. Auch künftighin werden sich Preisänderungen vollziehen. Aber diese müssen allmählich vor sich gehen. Nur dann können sich Erzeugung und Verbrauch harmonisch aneinander anpassen. Nur dann lassen sich schlimmste Er-

schütterungen vermeiden. Wenn aber gegenwärtig im Zeichen einer plötzlich akut gewordenen Kaufkraftverminderung in der ganzen Wirtschaft und unter dem Einfluß besonderer zusätzlicher geldtechnischer Momente ein Absinken der Preise für die Mehrheit der Ernterzeugnisse gerade nach Eintritt der Ernte vor sich geht, so entstehen damit nicht nur in der Landwirtschaft neue umfangreiche Krisenherde, sondern es können auch volkswirtschaftliche Schädigungen auf, die unerträglich wären.

Nachdem zur Zeit in Deutschland eine freie Preisbildung auf sehr vielen Gebieten nicht vorhanden ist, sind auch manipulierende Maßnahmen bei den Agrarproduktenpreisen unerlässlich. So groß auch sonst die Bedenken gegen jegliche Mittel sind, die wie ein Moratorium wirken, so wird man doch innerhalb gewisser Grenzen die Berechtigung solcher Eingriffe anerkennen müssen, solange die genannten Voraussetzungen bestehen.

Aber auch noch andere Möglichkeiten sind vorhanden, um einem Preiszusammenbruch entgegenzutreten, dem dann, gerade auch zum Schaden für die Gesamtheit, nach absehbarer Zeit notwendigerweise wieder erhebliche Preisanstiege folgen müssen. In dieser Hinsicht ist die Neuregelung der Lagerhaltung zu begrüßen; Maßnahmen freilich, denen — nicht ohne Verschulden mancher Teile der deutschen Landwirtschaft — noch der eigentliche Kern, die Standardisierung fehlt. Es rächt sich jetzt das lange Zögern. Jetzt sollte man aber das Verabsäumte mit allen Mitteln nachholen, denn wirtschaftspolitische Eingriffe zwingender Art haben nur begrenzte Wirkungsmöglichkeiten.

Das oberste Leitwort für die Wirtschaftspolitik und für die Agrarpolitik im besonderen muß sein, daß bei einer Deflation eine auf allen Gebieten möglichst gleichmäßige und allmähliche Preisänderung erfolgt. Es gilt, Sicherungen dagegen zu schaffen, daß die Landwirtschaft nicht der Hauptleidtragende der Deflation wird.

Irrtümer oder Fälschungen?

Wer Franz Mehrings dickbändiges Buch über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie aufmerksam liest, findet sehr bald heraus, daß die Sozialdemokratie eine unüberwindliche Abneigung gegen die Landwirtschaft schon bei ihrer Geburt mit in die Wiege gelegt bekommen hat. Seit ihrem Bestehen tritt insbesondere eine starke Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz in den Vordergrund. Aber auch die Bauern erfreuen sich keiner besonderen Vorliebe bei dieser marxistischen Partei. Wir haben daher Jahrzehnte lang beobachten können, daß die Sozialdemokratie in der Bekämpfung der Landwirtschaft mit der Auswahl der Mittel nicht gerade wählerisch war. Diese Einstellung gegenüber der Landwirtschaft hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, obgleich zugegeben werden soll, daß man in den letzten 2 bis 3 Jahren von der sturen Ablehnung jeglicher Schutzpolitik abgewichen ist. Was man aber tat, genügt nicht, der Landwirtschaft die Lebenskraft wiederzugeben, die sie als Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft gebraucht. Es waren Almosen, die man gab, und sie führten dazu, daß die Landwirtschaft immer tiefer ins Elend herabsank und die Reichsregierung Brüning-Schiele, welche das Kabinett Hermann Müller ablöste, auf direkten Wunsch des Herrn Reichspräsidenten kräftiger zupacken mußte, um einen weiteren Niedergang zu vermeiden.

Das, was die Reichsregierung zu der langersehnten Stützung der diesjährigen Ernte zu tun beabsichtigte, nennt der „Vorwärts“ „Faulheitsprämien für die Großagrarien“ und bezeichnet die neuen Agrarmaßnahmen der Regierung als die Fortsetzung der „Politik höchstmöglicher Getreidepreise, die Politik der völligen Loslösung der deutschen Getreidepreise vom Weltmarkt und die Politik der Agrar-Subventionen“. Hier kommt wieder die bekannte Heße zum Ausdruck, die das Bestreben hat, einen Keil zwischen Großagrarien und Bauer zu treiben. Dabei ist es eine bekannte Tatsache, daß die Getreidepolitik nicht nur mit den Großagrariern zu tun hat, sondern es steht fest, daß der Bauer, der in der großen Klasse von 5 bis 100 Hektar mit 65 Prozent an dem gesamten Getreideverkauf beteiligt ist und für seine Erzeugnisse ebenso einen ausreichenden Getreidepreis benötigt, wie der Großgrundbesitzer auch. Was der „Vorwärts“ weiter über Agrar-Subventionen schreibt, könnte, wenn man boshaft sein wollte, mit dem Hinweis beantwortet werden, daß ja auch Arbeitslosen-Subventionen milliardenweise vom

Reich gezahlt werden; selbstverständlich soll mit diesem Vergleich nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß man das eine tun und das andere lassen soll.

Diese gegnerische Einstellung gegen die Landwirtschaft von Seiten der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse ist bedauerlich, denn, wie es heute in der Landwirtschaft tatsächlich aussieht, darüber geben einige Zahlen ein geradezu erschreckendes Bild. Wenn man einen Vergleich zieht zwischen den in Preußen vorgenommenen Zwangsversteigerungen der letzten 5 Vorkriegsjahre und der Jahre 1927 bis inklusive 1930, dann ergibt sich, daß die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke in diesen letzten vier Jahren gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig zugenommen haben. Folgende Zahlen zeigen uns die katastrophale Entwicklung:

Durchgeführte Zwangsversteigerungen in Preußen.

	Zahl	Fläche (Hektar)
1927	1 300	34 800
1928	1 500	42 100
1929	2 000	79 200
1930	2 800	117 900

Demgegenüber wurden in den letzten 5 Vorkriegsjahren in Preußen jährlich nur rund 22000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche zwangsversteigert, d. h. weniger als ein Fünftel der Fläche, die im letzten Jahre subastriert worden ist. Diese Zahlen reden eine ernste und deutliche Sprache, um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß den erteilten Zuschlägen Angebote zugrunde lagen, die 40 v. H. geringer waren als allein schon die hypothekarische Belastung der Grundstücke ausmacht.

Angeht es dieser ernsten Lage ist die ablehnende Einstellung zur Landwirtschaft nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch in weiten Kreisen des deutschen Volkes unverändert und arbeitnehmerfeindlich. Tatsache ist und bleibt nämlich, daß Agrarkrise und Arbeitslosigkeit in engem Zusammenhang miteinander stehen. In den Vereinigten Staaten Amerikas ist von fachkundiger Seite die Kaufkraft der Landwirtschaft in normalen Zeiten auf rund 50 Milliarden Goldmark geschätzt worden. Das würde bei den dortigen Verhältnissen etwa dem Lohne von 10 Millionen Arbeitern entsprechen. Diese Kaufkraft ist bei den amerikanischen Bauern nicht mehr vorhanden und 9 Millionen Arbeitslose sind heute die

Last, die auch Amerika zu tragen hat. In Deutschland ist es kaum anders. Es ist zuzugeben, daß bei uns noch andere wirtschaftliche Experimente mitsprechen, die bei uns die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaß hervorriefen. Aber, es würde eine der größten Aufgaben im Leben der nationalen Selbsthilfe sein, wenn man unserer Landwirtschaft die frühere Kaufkraft wiedergeben würde. Allerdings auch hiergegen sträubt sich die Sozialdemokratie. Alles, was nach nationaler Selbsthilfe aussieht, ist verdächtig. Und wenn man es auch nicht wagt, einer aufgeklärten Arbeiterschaft gegenüber die Tatsache zu verteidigen, daß jährlich Hunderte von Millionen ausgesprochenen Luxusartikel und Lebensmittel, die wir selber bauen könnten, vom Ausland eingehen, also die Handelsbilanz verschlechtern, so greift man, um die nationale Selbsthilfe bekämpfen zu können, zu größten Irreführungen, indem z. B. der „Vorwärts“ behauptet, die nationale Selbsthilfe enthalte die Forderung, die Einfuhr ausländischer Produkte überhaupt zu unterbinden. Wenn das möglich wäre, könnte man eine solche Forderung wohl als eine ideale Lösung bezeichnen. Aber wie kürzlich der Reichskongress Dr. Brüning in seiner letzten Rundfunkrede schon zum Ausdruck brachte, ist eine solche Abschließung vom Ausland ein Ding der Unmöglichkeit. Das wissen auch die Männer, welche die nationale Selbsthilfe durchführen wollen, weshalb sie auch nie derartiges gefordert haben, sondern nur die Abspernung jener Ware verlangen, die bei uns selbst im Überfluß erzeugt werden kann. Man sieht, daß die sozialdemokratische Presse nicht davor zurückschreckt, irreführende Behauptungen auszusprechen, wenn man damit das Umsichgreifen nationaler Tendenzen schädigen kann. Wann endlich werden die sozialdemokratischen Arbeitnehmer einsehen, daß auch sie nur im Schutz einer starken und gesunden Nation geheißen können? W. B.

Der Kampf geht weiter!

Die preussische Regierung hat den Angriff der nationalen Front abgewehrt. Es ist verständlich, daß über den Mißerfolg dieses Stahlhelmunternehmens eitel Freude im Lager der Regierungsparteien herrscht. Die Regierung selbst aber wird sich klar darüber sein, daß ein abgeschlagener Angriff noch kein Sieg ist und sie wird alle Vorkehrungen treffen, um für den Entscheidungskampf im kommenden Frühjahr gerüstet zu sein.

Die Regierungspresse frohlockt zu früh, wenn sie aus diesem Volksentscheid festzustellen versucht, daß die nationale Opposition seit September 1930 erhebliche Verluste erlitten hat. Volksentscheide sind in Deutschland noch nicht volkstümlich genug, um ein treffendes Bild von der Volksstimmung und Volksmeinung wiederzugeben. Gegen den Youngplan stimmten im Dezember 1929 nur 6 Millionen, während 4 Jahre später bei der Reichstagswahl für die nationale Opposition rund 9 Millionen Wähler eintreten. Demnach hätte Preußen damals für den Volksentscheid nur 4 Millionen Stimmen aufgebracht und ungefähr 6 Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl. Wollten wir diesen gleichen Maßstab anlegen, dann müßte sich bei der bevorstehenden Preußenwahl die erreichte Ziffer von 9,8 Millionen um weitere volle 5 Millionen steigern. Eine solche Steigerung erscheint durchaus möglich, zumal die Kommunisten höchstens mit 20–30 Proz. am Volksentscheid beteiligt gewesen sind. Ferner hat die Wirtschaftspartei keinen Finger gerührt und die Volks-

partei hat sich als zwiespältig erwiesen. Da es in Preußen keine Wahlbeteiligung von 80 Prozent gegeben hat, so kann man die Zahl der Wähler, die in Preußen zur Wahlurne gehen wird, mit höchstens 20–21 Millionen beziffern. Eine stärkere Wahlbeteiligung würde allen Parteien einen gewissen Zuwachs bringen. Aus diesen Ziffern geht klar hervor, daß die schwarz-rote Mehrheit nach den Neuwahlen der Vergangenheit angehört. Bei den letzten Preußenwahlen haben die Regierungsparteien Zentrum, Sozialdemokraten, Staatspartei (Demokraten) 9 Millionen Wähler auf die Beine gestellt. Der 9. August hat aber schon den Beweis geliefert, daß 9,8 Millionen Deutsche den Mut gehabt haben, sich jetzt schon offen gegen die Regierung zu erklären.

Wir dürfen annehmen, daß Herr Geh und Herr Braun die Lage nüchtern zu beurteilen verstehen und sie werden nichts unterlassen, um durch eine gesteigerte Propagandatätigkeit, die wohlgerichtet unter dem Schutze der Rotverordnung vor sich geht, die Position im kommenden Winter bestmöglichst zu verbessern. Für die Opposition aber werden alle die Beschränkungen auf dem Gebiete der Presse und Versammlungsfreiheit sich verschärfen auswirken und jede großzügige Propaganda unterbinden. Man richtet sich deshalb auf gegen die Opposition mehr und mehr auf eine umfassende Mundpropaganda ein.

Als Auflast zu der verstärkten Propagandatätigkeit der Regierungsparteien ist die Rundgebung des Reichsbanners am 9. August in Koblenz zu werten. Der Reichsbannergeneral Genosse Hörsting hat bei dieser Rundgebung den Mund recht voll genommen indem er erklärte: Ich will auf gut Deutsch sagen, was ich täte, wenn ich Brünnings Einfluß hätte:

1. Ich würde bei der zuständigen Landesregierung die Ausweisung Adolf Hitlers aus dem Reich fordern.
2. Den Kronprinzen veranlassen, nach Holland oder sonst wohin zu gehen.
3. Die Nazi-Partei auflösen.
4. Die Kommunistische Partei auflösen.
5. Ich würde Schluß machen mit der deutschen Klein-Kramerei.
6. Das Vermögen aller ehemaligen deutschen Fürsten und ihrer Erben in Reichsbefiz überführen.
7. Jedem Gehalt und Pension entziehen, der gegen die republikanische Gesetzgebung Urteile fällt, gegen die Republik agitiert und die Feinde der Republik unterstützt.
8. Alle Kartelle, Syndikate und Trusts konzessionspflichtig machen und ihnen die Preise vorschreiben oder, falls nötig, sie ganz aufheben.
9. Ich würde Schluß machen mit den tausenderlei Steuern und nur ganz wenige aber wirksame Steuerarten schaffen, oder bestehen lassen.
10. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen und der wahnsinnigen Mechanisierung Einhalt gebieten.

Auf diese Hauptpunkte des gegenwärtigen Programms gestützt, würde ich vor aller Welt fordern: Völkerverständigung, Weltfrieden, Deutschlands restlose Gleichberechtigung mit allen Völkern und Beseitigung der Kriegsschuldfrage.

Für einen Teil unseres Volkes mögen solche Forderungen noch willkommen erscheinen. Herr Hörsting hätte aber mehr Verständnis gefunden, wenn er auch die Ausweisung der Nichtdeutschen vom Schlage eines Hilferding oder Varmat zur Forderung erhoben hätte. Diese Leute

spielen eine gewisse Rolle, obwohl sie doch erst nach dem Kriege zugewandert sind. Hitler und auch der Kronprinz sind deutschen Blutes und schließlich können solche Männer einem Manne wie Hörsting nicht gefährlich werden, wenn er seinen Reichsbannerstaat errichtet hat. Weshalb Herr Hörsting nur die Fürsten enteignen will und nicht auch alle diejenigen, die wie Heilmann und Scheidemann durch die Gunst der Zeitverhältnisse zu Vermögern gelangten, das muß man zumindest als ungerecht empfinden. Außerdem gibt es noch gewisse Leute, die auf Grund des Parteibuches in Amt und Würden gelangten und dann hinterher sich mit hohen Pensionen zur Ruhe setzten. Ob nicht hier jährlich Summen eingespart werden können, die für ein einziges Jahr höher sind als alle nur einmal zu beschlagnehmenden Fürstentümer? — Der Mittelstand ist den sozialistischen Experimenten zum Opfer gefallen und wir können voraussehen, daß die Zerschlagung der Trusts und Syndikate durch Herrn Hörsting in der Weise erfolgt, daß es nur noch Arbeitslose gibt, aber keine Arbeiter mehr. Herr Hörsting wird die Preise auch so festsetzen, daß die Gewerbesteuer und Einkommensteuer ziemlich in Wegfall kommen kann und es ist dann wirklich angebracht — gemäß Punkt 9 — neue und wirksame Steuerarten zu suchen. Vielleicht kennt Herr Hörsting neue Wege in der Steuergesetzgebung und er würde sich verdient machen, wenn er dem Herrn Reichsbannerminister einmal die neuen Steuerarten verraten würde, denn im Reich sieht man jetzt schon, daß Einkommensteuer, Hauszins- und Gewerbesteuer sich eigentlich nicht mehr lohnen. — Wenn Herr Hörsting dann die ersten 9 Punkte seines neuen Programms durchgeführt hat, dann braucht er sich über das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht mehr den Kopf zu zerbrechen und wenn die Maschinen verrosten, dann ist selbst der fortschreitenden Mechanisierung wirkfam Einhalt getan.

Wer will dann noch zweifeln, daß uns nach Erfüllung der 10 Punkte die Völker der Erde als die Aermsten der Armen edelmütig und brüderlich in ihre Arme schließen und das uns zugefügte Unrecht tausendfach vergelten werden? Nein, Herr Hörsting, und wenn das deutsche Volk verkommt und verhungert um dieser Ziele willen, der Weltfrieden und die Völkerverständigung wäre damit nicht gewonnen. Ihre 10 Punkte legen Sie nur ruhig zu den 14 Punkten Wilsons. Was der mächtige Wilson nicht erreicht hat, das werden auch Sie mit ihrem Reichsbanner nicht erreichen.

Frankreich aber hat sich nicht nur über das Ergebnis des Volksentscheides gefreut, sondern auch über die freundlichen Worte des Reichsbannergenerals. „Lieb Frankreich magst ruhig sein“ solange Herr Hörsting und sein Reichsbanner auf solchen Pfaden wandeln. Ausgerechnet in dieser Zeit, in der die Expreßtaktik der Franzosen klar in Erscheinung tritt und man unserem Volk hart an der Gurgel würgt, treten auch Franzosen bei dieser Tagung auf, die süße Schalmeyen blasen, damit wir nicht merken, daß der eiserne Griff Frankreichs uns den Atem nimmt und unser Volk in Verzweiflung und Elend stößt. Herr Hörsting mag in die Bruderhand jener Franzosen einschlagen und dabei vergessen, daß man mit der anderen Hand uns zu Tode quält, wir aber werden nicht aufhören, mit Würde und Festigkeit nicht nur das Lebensrecht, sondern auch die Ehre unseres Volkes zu verteidigen. Man gibt sich von Seiten der Sozialdemokratie soviel Mühe, sich mit den fremden Völkern zu verständigen und zu verbünden, weshalb strebt man nicht

Gneisenau.

Aber es ist billig und staatsklug zugleich, daß man den Völkern ein Vaterland gebe, wenn sie ein Vaterland kräftig verteidigen sollen. Gneisenau.

A. S. Als die Universitäten Oxford und Cambridge nach der Niederkämpfung des ersten Napoleons den Marschall Borwärt durch die Verleihung der Würde eines Ehren doktors auszeichneten, soll Blücher lachend erwidert haben, wenn er Doktor werde, müßte Gneisenau Apotheker werden, denn Gneisenau habe die Pillen fabriziert, die er den Franzosen wirksam verabfolgt habe.

Diese Anekdote, ob wahr oder erfunden, kennzeichnet treffend und knapp die Bedeutung Gneisenaus, in dem man immer mehr den großen Strategen erkennt, der den Korien überwunden hat.

Graf Neithardt von Gneisenau, dessen 100. Todestag wir am 23. August begehen, hat am 27. Oktober 1760 das Licht der Welt erblickt, und zwar in weit dürftigeren Verhältnissen, als es meist bekannt ist. Der Vater stand als Artillerieleutnant bei der Reichsarmee, seine Mutter, die Tochter eines höheren Offiziers aus Würzburg, befand sich im Trost, und die Geburt war gerade erfolgt, als der große Friedrich bei Torgau der Reichsarmee und den Oesterreichern wieder einmal entgegenging auf die Hosen geklopft hatte. Durch Nacht und Regen schützten die Geschlagenen zurück, mit ihnen im Heeresgefolge, auf einen offenen Bauernwagen gepackt, die junge Wächnerin Gneisenau, den Neugeborenen im Arme. Ermüdet von den Strapazen schloß die Mutter ein, das Kind entfiel ihren Händen und wäre so wahrscheinlich verloren gewesen, wenn es nicht von einem Soldaten vor den Rädern der Kutsche gerettet worden wäre.

18jährig trat Gneisenau in die Dienste eines in Erfurt in Garnison liegenden österreichischen Husarenregiments, von dem er ein Jahr später zu den ansbachischen Jägern überging. 1782 trat er die Ueberfahrt nach Amerika an, um England diese ehemalige Kolonie zurückzuerobern. Von dem Krieg in Nordamerika hat Gneisenau freilich nichts mehr zu sehen bekommen, denn als sein Bataillon drüben landete, war der Kampf bereits entschieden. Wohl aber gewann Gneisenau in Amerika dank seines scharfen Blickes für die realen Tatsachen sehr bald die Erkenntnis, daß es sich hier nicht um eine gewöhnliche Rebellion handelte, sondern daß hier eine neue Macht und ein neues System im Werden waren.

Die in den Vereinigten Staaten gewonnenen Eindrücke veranlaßten den jungen Offizier nach seiner Rückkehr, seinem Landesherrn in einer Denkschrift Vorschläge für die Umbildung des Heeres zu unterbreiten, mit dem Erfolg, daß er als ein gefährlicher Neuerer abgelehnt wurde. Von dieser Denkschrift muß dann irgendwie auch Friedrich der Große

erfahren haben, jedenfalls erhielt Gneisenau eine Einladung nach Potsdam. Persönlich war der Uebergang in preussische Dienste für Gneisenau jedoch mit einer großen Enttäuschung verbunden, denn statt in den Nachwuchs für den Generalstab, wie es zugesagt worden war, wurde er einem neu errichteten Linienregiment in Schlesien zugeteilt. Hatte Gneisenau in Amerika sehr bald die wahre Lage erkannt, so blieb es ihm auch während des Kompanienienites in Jauer und Löwenberg nicht verborgen, daß der Staat des großen Friedrich seinen Schöpfer nicht lange überlebt hatte. In klarer Erkenntnis der Ausichtslosigkeit des Kampfes ging er 1806 als 46jähriger Hauptmann mit seiner Kompanie in die Schlacht von Jena, in der dann die Preußen tatsächlich den Kopf und zugleich den Krieg verlieren sollten. Verwundet geriet Gneisenau ins Hauptquartier, und nun war plötzlich die Bahn frei, auf der er seine strategischen Fähigkeiten entwickeln und bewähren konnte. Sein erster großer Erfolg war die mit Nettelbeck nach neuen Gesichtspunkten erfolgreich und offensiv durchgeführte Verteidigung Kolbergs.

So hatte Gneisenau in einer Zeit, da die alten Festungen Preußens schmählich kapitulierten und alles zusammenbrach, in den Herzen eine neue Hoffnung entzündet.

Nach dem Kriege von 1806/07 wurde Gneisenau in die von Scharnhorst geführte Reorganisationskommission berufen, die das preussische Heer neu aufzubauen hatte. Wie das Reichswehrministerium nach 1918, so begann auch diese Kommission ihre Arbeit mit der radikalen Verkleinerung des Heeres. Aber die Parallele läßt sich noch weiter ziehen: auch damals sollte durch Qualität der Verlust an Quantität ersetzt werden. Erreicht wurde das durch bedeutende Reformen. Durch die Zulassung von Bürgerlichen erhielt das Offizierskorps eine notwendige Blutauffrischung, durch die Verwirklichung der Freiheit des Rückens (Abschaffung der Prügelstrafe) wurde das Ehrgefühl des Soldaten gehoben und gleichzeitig durch das Krümpersystem die Nation wehrhaft gemacht. Möchte die preussische Landwehr, wie sie aus den Krümpfern hervorgegangen war, sich auch schlecht zur Parade eignen, so verstand sie sich doch um so besser darauf, den frechen Uebermut der Franzosen mit deutscher Münze heimzujagen: „Soldat sein hieß wieder, die Waffen des eigenen Volkes in Ehrenpflicht tragen, wie es in Urväterzeiten war.“ Die Männer aber, die diese Reformen gegen große Widerstände durchführten, bildeten nur die oberste Spitze einer breiten Pyramide, an der alle Anteil hatten, die dadurch, daß sie im Wege politischer und wirtschaftlicher Reformen den Untertan zum Staatsbürger und den Bauern zum freien Mann machten und unter dem Klang französischer Trommeln durch Neben an die deutsche Nation den Geist wachriefen, die Neugeburt des Staatswesens ermöglicht haben.

Als dann der Korfe mit klingendem Spiel und bunten Fahnen durch den polnischen Frühling in den russischen Winter marschierte, gab der Mann, der 1806/07 als einer der wenigen die Festungstore verschlossen gehalten hatte, den Russen den Rat, das Tor ja weit genug aufzureißen, weil er erkannt hatte, daß der Weg nach Moskau Napoleon ins Verderben führen mußte. Und so führt von dem Brand in Moskau ein gerader Weg zu den Freiheitskriegen, die Gneisenau von Anfang an an der Seite Blüchers, und vom Tode Scharnhorsts an als Chef des Generalstabs des Blücherischen Heeres sah. Vergleich man damals die Heere der Verbündeten mit einem „schwerfälligen eisernen Keil“, der den korischen Schredensschild zertrümmern sollte, dann bezeichnet man die schlesische Armee treffend als die stählerne, alles zerplündernde Spitze dieses Keils. Ihre Feuerprobe bestand die Armee an der Raabach im Rahmen einer Strategie, die wegen der damit verbundenen häufigen Vor- und Rückmärsche den offenen Unwillen der Generale erregt hatte und eine große Unbotmäßigkeit herbeizuführen drohte. Der Zweck dieser in der Geschichte wohl einzig dastehenden Strategie war aber erreicht: die Aufnahme des Kampfes unter Bedingungen, die eine kräftige Zertrümmerung des Gegners gewährleisten.

Im weiteren Verlauf des Krieges war es dann wiederum Gneisenaus Strategie und Blüchers Draufgängertum, die die getrennt operierenden Korps zum gemeinsamen Schlage nach Leipzig führten. Als Befehlshaber selbst trat Gneisenau in jenen letzten hundert Tagen Napoleons in Erscheinung, da die Preußen die Schlacht von Ligny verloren hatten, Blücher irgendwo unter dem Pferde auf dem Schlachtfeld lag und die Truppen zurückfluteten. Auf eigene Verantwortung gab Gneisenau in dieser Stunde den folgenreichen Befehl aus: „Der Rückzug geht nach W a r e!“ Damit hatte er die rückwärtigen Verbindungen in kritischer Stunde preisgegeben, gleichzeitig aber auch das weitere Zusammenwirken mit den Engländern gewährleistet und so ermöglicht, daß die Blücherische Armee drei Tage später über verregneten und aufgeweichten Wegen bei Waterloo wieder im Felde erscheinen und nun Napoleon endgültig davon, seine Armee aber nach allen Richtungen auseinanderlagern konnte!

Am 10. Jahrestag von Waterloo zum Feldmarschall ernannt, ist Graf Neithardt von Gneisenau am 23. August 1861 an der Spitze einer großen Armee in Polen gestorben. Sein 100. Todestag erinnert uns an die großen Verdienste, die gerade Graf Neithardt von Gneisenau sich um die Befreiung Deutschlands und Europas von der korischen Völkergesel erworben und wie er damit das Frankreich Napoleons an die alte Wahrheit des Homerwortes erinnert hat, wieviel besser es ist, gerecht als böse zu handeln.

auch innerp
statt wieder
Du nicht m
guten Beis
lösen, die
nicht etwa
kanische S
droht und
Hörsting m
bezw. die
Es g
Politik di
stellen, die
wenn man
helfen will
besprochen,

Gerüchte

Die d
„Daily H
nanzverha
vor Jahre
treten wi
von dem
Blatt rech
parations
nischen S
wird und
November

Im i
digenberic
als Präfil
ständigen
donald zu

„I
ver-freije
das Blatt
allgemein
die Repa
unterzoge
der gegen
den, ob
zahlunger
wichtig, d
um das
betrachten
jahres sch

Nach
Finanzbl
bereits

Dorarb

eingeleite
zu Schrit
Abtomme
führen, in
verbünde

Uebe
rung zu
wenigste
Deutschla
zahlunge
Empfehle

Re
Erste fra

Die
nanzlach
jezt erst
Bafel.
Bericht i
die Repa
mehr na
reich fre
Zeitunge

So
„alle W
Reparat
wedung
das Blo
nenen e
1. eine
nung d
leige zu

Das
der eng
so schme
denfonf
Frage
batte zu

So

que“, d
hier, fo

„D
Deutsch
schwier
nicht w
neue g
ist ein
also die
die eur
Union

Zu
für das
gung d
gehabt,
wird 31

sch erst nach dem
der Kronprinz
können solche
t gerichtlich wer
at errichtet hat.
e enteignen will
e Heilmann und
hältnisse zu Ver
st als ungerecht
se Leute, die auf
würden gelangten
tionen zur Ruhe
ngespart werden
sind als alle nur
rmögen? — Der
enten zum Opfer
d, daß die Ger
Herrn Göring
Arbeitslose gibt,
wird die Preise
und Einkommen
und es ist dann
neue und wir
nennt Herr Gör
g und er würde
Reichsfinanz
verraten würde,
af Einkommen
eigentlich nicht
ann die ersten 9
geführt hat, dann
fungsprogramm
wenn die Ma
schreitenden Ma

s nach Erfüllung
die Vermisten der
Arme schließen
schach vergelten
an das deutsche
Ziele wollen,
lung wäre damit
Sie nur ruhig
mächtige Wilson
mit ihrem Reichs
er das Ergebnis
auch über die
Generals. „Gieb
err Göring und
vanden. Ausge
taktik der Fran
unserem Volk
Franzosen bei
n blasen, damit
Frankreichs uns
ergreifung und
ruderhand jener
n, daß man mit
n aber werden
nicht nur das
eres Volkes zu
er Sozialdemo
n Wählern zu
strebt man nicht
piel und bunten
den russischen
306/07 als einer
gehalten hatte,
ug aufzureißen,
Moskau Napo
führt von dem
n Freiheitskrie
Seite Wählers,
des Generalstabs
man damals die
fälligen eifernen
d zertrümmern
mee treffend als
des Reils. Ihre
bach, im Rah
n verbundenen
n Unwillen der
tmöglichkeit her
Geschichte wohl
reicht: die Auf
eine kräftige
en.
es dann wieder
rausgangsum,
n gemeinsamen
fehlhaber selbst
igen Napoleons
t von Ligny
em Pferde auf
kluteten. Auf
dieser Stunde
üß zu geht
ärtigen Verbin
gleichgültig aber
en Engländer
sicherliche Arme
aufgeweichten
erscheinen und
aber nach allen
Feldmarschall
am 23. August
olen gestorben.
hen Verdienste,
ich um die Ber
torflichen Wä
Frankreich Napo
s erinnert hat,
ls böse zu

auch innerpolitisch Verständigung und Versöhnung an
statt wieder die alte Melodie aufzuspielen: Und willst
Du nicht mein Bruder sein. Herr Göring könnte mit
gutem Beispiel vorangehen und seine Organisation auf
lösen, die angeblich die republikanische Staatsform auf
nicht etwa Volk und Vaterland schützen soll. Die republi
kanische Staatsform wird zur Zeit von keiner Seite be
droht und so können wir nicht anders als annehmen, daß
Göring mit seinem Reichsbanner nicht etwa die Republik
begrußte, sondern nur das System schützen
will. Es gehört sehr viel dazu, nach 13 jähriger verfehlter
Politik dieses Systems, nun noch Forderungen aufzu
stellen, die man zum Teil als lächerlich auffassen muß,
wenn man damit unser Volk aus der Notlage heraus
helfen will. Wir haben im Aufwärts oft genug die Gründe
begründet, die uns nötigen, uns gegen das heutige System

zu erklären. Wir fassen auch lieber, wenn Herr Göring
und mit ihm das Reichsbanner sich mit allen Volksge
nossern zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenfinden
würde. Herr Göring und seine Genossen haben aus der
Vergangenheit zu wenig gelernt und so müssen wir, weil
wir die Rettung Deutschlands allen anderen Zielen (dem
Internationalismus) voranstellen, uns in offenen Gegen
satz zu ihm setzen. Sein Programm enthält nichts von
geistiger und sittlicher Wiedergeburt und wir meinen, daß
dies für uns Christen die erste Forderung, falls anders
überhaupt eine Aufbauarbeit gelingen soll.
So kämpfen wir nun weiter und werden nicht müde
in diesem Kampf, denn dieser Kampf ist nicht nur ein
Kampf um das Lebensrecht und die nationale Auferste
hung unseres Volkes, sondern auch ein unaufhörliches
Kämpfen um die Seele unseres Volkes. Th.

Noch ein Hoover-Freijahr?

Gerüchte sprechen von einer neuen Reparationskonferenz
im November.

— London, 21. August.

Die der englischen Regierung nahestehende Zeitung
„Daily Herald“ gibt in einem Artikel über die Baseler Fi
nanzverhandlungen ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß noch
vor Jahresende eine neue Reparationskonferenz zusammen
treten wird. Die Anregung dazu werde sehr wahrscheinlich
von dem amerikanischen Präsidenten Hoover ausgehen. Das
Blatt rechnet damit, daß die Ausarbeitung eines neuen Re
parationsplans sogleich nach der Rückkehr des amerika
nischen Staatssekretärs Stimson nach Washington beginnen
wird und erwartet eine neue Antändigung Hoovers für
November oder Dezember.

Im übrigen bemerkt das Blatt noch, der Sachverständ
igenbericht werde jetzt dem britischen Ministerpräsidenten
als Präsidenten der Londoner Konferenz, die den Sachver
ständigen ihren Auftrag erteilt habe, zugehen und Mac
donald zu weiteren Schritten veranlassen.

„Times“ sieht sich für eine Verlängerung des Ho
over-Freijahres ein. Der Sachverständigenbericht, erklärt
das Blatt, bedeute eine Warnung an die Welt. Sollte ein
allgemeiner Zusammenbruch vermieden werden, dann müsse
die Reparationsfrage schnellstens wieder einer Prüfung
unterzogen werden. Mitten im Chaos und der Verwirrung
der gegenwärtigen Weltkriege sei es unmöglich, zu entschei
den, ob Deutschland zu einer Aufnahme der Reparations
zahlungen wird fähig sein können. Es sei außerordentlich
wichtig, daß eine ausreichende Atempause gewährt werde,
um das ganze Problem unter neuen Gesichtspunkten zu
betrachten. Die verbleibenden Monate des Hoover-Freijah
res scheinen hierzu kaum genügend.

Nach der Mitteilung eines in New York erscheinenden
Finanzblattes soll die Regierung der Vereinigten Staaten
bereit

Vorarbeiten für die Kürzung der Kriegsschulden und
Reparationen

eingeleitet haben. Es sei möglich, daß Hoover die Initiative
zu Schritten ergreifen werde, die zu einem interalliierten
Abkommen über die Herabsetzung der deutschen Kriegsschul
den führen, indem Amerika die Schulden seiner früheren Kriegs
verbündeten herabsetze.

Ueber die Stellungnahme der amerikanischen Regie
rung zu den Empfehlungen der Sachverständigen hört man,
wenngleich man in Washington nicht damit rechnet, daß
Deutschland am Schlusse des Hoover-Freijahres die Tribut
zahlungen wird aufnehmen können, halte man doch die
Empfehlung der Sachverständigen in bezug auf die Revision

Revisionsdiskussion in Paris.

Erste französische Kommentare zum Bericht der Finanzsach
verständigen.

Die französische Presse, die bisher den Bericht der Fi
nanzsachverständigen nicht kommentierte, veröffentlicht
jetzt erste Auslassungen zu dem Verhandlungsabschluß in
Basel. Die royalistische „Action Française“ schreibt, der
Bericht der Sachverständigen bedeute einen Vorstoß gegen
die Reparationen und wolle den Youngplan vernichten, ja
mehr noch, die Sachverständigen verlangten, daß Frank
reich freiwillig auf Reparationen verzichte. Die führenden
Zeitungen äußern sich dagegen noch sehr zurückhaltend.

So läßt sich das „Journal“ auf Umwegen berichten,
„alle Welt in Deutschland sei der Ansicht, daß nach Basel die
Reparationen endgültig tot sind und ihre Wiederauf
weckung unmöglich ist“. Alles lasse darauf schließen, fährt
das Blatt fort, daß Deutschland im Vertrauen auf einen
neuen englisch-amerikanischen Schritt davon abgehen werde,
1. eine Verlängerung der Stillhaltefrist, 2. eine Ausdeh
nung des Hoover-Freijahres und 3. eine langfristige An
leihe zu erreichen.

Das „Echo de Paris“ läßt sich aus London berichten,
der englische Ministerpräsident Macdonald habe die Absicht,
so schnell als möglich Einladungen zu einer neuen Schul
denkonferenz ergoßen zu lassen und denke auch daran, die
Frage eines allgemeinen Abbaus der Zolltarife zur De
batte zu stellen.

Von den linksstehenden Blättern richtet die „Republi
que“, das Organ des jungen Führers der Radikalen. Dala
dier, folgende

ernste Mahnung an die Regierung Caval:

„Die Bewilligung mittel- und langfristiger Kredite an
Deutschland sind nur Behelfsmittel, die das Ueberstehen
schwieriger Zeiten erleichtern können, die aber die Lage
nicht wieder festigen und auch nicht eine Garantie gegen
neue gefährliche Drohungen sein werden. Das Problem
ist ein organisches, es betrifft gleichzeitig den Youngplan,
also die Reparationen und die interalliierten Schulden, und
die europäische Solidarität, also die europäische Wirtschafts
union und die Abrüstung.“

Aus Washington kann und muß die einzige Lösung
für das Schuldenproblem kommen. Die einjährige Verta
gung dieser Schulden hat bereits günstige Rückwirkungen
gehabt, ohne den Gläubigerstaaten Abbruch zu tun. Das
wird zweifellos ein Ansporn dafür sein, die einsig vernünft

der Reparationsverpflichtungen für verfrüht. Man glaube
in amerikanischen Regierungskreisen, daß erfolgversprechende
Verhandlungen über Revisionspläne erst zu einem späteren
Zeitpunkte stattfinden könnten. Inzwischen rechnet man in
Washington aber mit der Möglichkeit, daß das Hoover
Moratorium als Vorstufe für eine Revision des Youngplans
um ein zweites Jahr ausgedehnt werden wird, zumal ein
Jahr bestimmt nicht ausreicht, um die deutsche Wirtschaft
wieder in Ordnung zu bringen.

Revision und Abrüstung.

Vorbedingung für die Schuldentilgung. — Eine Erklä
rung Senator Borahs.

— New York, 21. August.

Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Aus
schusses des amerikanischen Senats, beschäftigte sich in Boise
(Idaho) mit der Frage der amerikanischen Kriegsschulden
und der Abrüstung und führte dabei aus, solange die Frie
densverträge nicht revidiert seien, werde Europa sich we
ter bis an die Zähne bewaffnen. Solange aber die Rüstun
gen fortdauer, sei eine Erholung der Wirtschaft nicht
möglich. Sobald Europa bereit sei, seinen Völkern diese
Joch abzustreifen und ihnen die Möglichkeit zur Erholung
zu geben, werde es sich lohnen, die Neuordnung der Schul
denfrage als einen Teil eines Programms in Erwägung
zu ziehen.

Man habe sieben Milliarden Dollar europäischer Schul
den gestrichen auf die Versicherung der Bankiers und Fi
nanzsachverständigen hin, daß Europas Erholung sofort
einsetzen werde. Seitdem habe sich die Lage verschlim
mert, und wenn man weitere sieben Milliarden streiche, so
werde dies Europa nicht retten, falls nicht die anderen Vor
aussetzungen erfüllt seien.

Wenn das nächste Jahr lediglich an Erörterungen von
Moralen und Schulden vergeudet werden sollte, würde
man damit nur seine Unfähigkeit angeht, der drohenden
Katastrophe zu begegnen. Man wisse genau, wo die wahre Ur
sache für die jetzigen Schwierigkeiten liege, ebenso wisse die
se der Sachverständigen-Ausschuss. Es sei daher Zeitver
schwendung, unter den gegenwärtigen europäischen Ver
hältnissen den Vorschlag einer Schuldentilgung zu
machen, „wenn man nicht Europa von den Sclavenketten
der Friedensverträge und Rüstungen befreie, die seinen
Untergang herbeiführen.“

Borah betonte dann nochmals, daß er für die Schul
denamortisierung sei, daß diese aber seiner Ansicht nach von
einem wirklichen politischen und wirtschaftlichen Wiederauf
bauprogramm für Europa begleitet sein müsse.

lige und endgültige Lösung in Aussicht zu nehmen, nämlich
restlose Streichung sämtlicher Schulden. Im übrigen hat,
was die europäische Einigung und die Abrüstung betrifft,
hauptsächlich Frankreich das Wort. Wird Ministerpräsident
Caval, wenn er nach Berlin geht, weiterhin erklären „Die
Frage ist nicht aktuell? In diesem Falle wird genau wie
nach Locarno oder nach der vorliegenden Rheinlandklärung
die Belegenheit nicht ergriffen werden, und dann wäre es
mit den Möglichkeiten für eine Annäherung, also eine Be
ruhigung in Deutschland und in Europa, aus.“

Englands Sparaktion

Die Gewerkschaften lassen Macdonald freie Hand. — Die
Konfessionen für strenge Sparmaßnahmen, aber gleich
mäßige Belastung.

— London, 21. August.

Der Vorstand der britischen Gewerkschaften war mit
dem Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei zu einer
gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, bei der Premiermi
nister Macdonald und Schatzkanzler Snowden Bericht über
die Lage erstatteten. Die beiden Organisationen hielten
hierauf getrennte Besprechungen ab. Man beschloß schließ
lich, der Regierung freie Hand zu lassen.

Sir Samuel Hoare, ein Mitglied der konservati
ven Abordnung, die in Downing Street vorgeschoben
hatte, erklärte, die konservative Partei sei bestrebt, alles zu
tun, was in ihren Kräften stehe, um die Zusammen
arbeit weiterzubringen. Als Begründung fügte er hinzu,
seine Partei sei davon durchdrungen, daß es gelte, unver
züglich der Krise Herr zu werden, und die Ungewißheit zu
bannen, welche die öffentliche Meinung ergriffen habe.
Die Sparmaßnahmen müßten durchgeführt werden,
wohl aber nur so, daß alle Klassen gleichmäßig
zu den Opfern herangezogen würden.

Der französische Botschafter für Berlin ernannt.

— Paris, 21. August. Präsident Doumer hat auf Vor
schlag des Ministerpräsidenten Caval die Ernennungsur
kunde über die Neubesetzung des französischen Botschafter
in Berlin unterzeichnet. Damit ist Unterstaatssekretär
Francois Poncet offiziell zum Botschafter in Berlin er
nannt. Vor seinem Amtsantritt vertritt er noch Frank
reich in der Europatommission in Genf.

Der Widerruf.

— Berlin, 21. August.

Soweit die Finanzsachverständigen in Basel die
Notwendigkeit der Stillhaltung dargelegt und Vor
schläge für die Durchführung gemacht haben, haben
sie wenig positive Leistungen vollbracht. Denn die
Verlängerung der jetzt noch in Deutschland vorhan
denen kurzfristigen Auslandskredite — die Sachver
ständigen errechneten einen Gesamtbetrag von 7,4 Mil
liarden M. für Ende Juli — war grundsätzlich bereits
in London beschlossen worden. Ungelöst waren nur
noch die Bedingungen, unter denen die Stillhal
tung durchgeführt werden sollte. Hier aber hat Basel
eine Entscheidung eigentlich nur über die Dauer der
Kreditverlängerung gebracht (sechs Monate Stillhal
tung); über die Zinssätze dagegen, die für die ver
längerten Kredite maßgebend sind, ist bisher nichts
bekannt geworden, und wahrscheinlich haben die Sach
verständigen in dieser Hinsicht nicht einmal bestimmte
Vorschläge gemacht.

Ein Kompromiß bedeutet die doch noch erfolgte
Einbeziehung ausländischer Marktguthaben in die
Baseler Vereinbarungen. Während die deutschen Ver
treter die Stillhalteverpflichtung auch auf den Ge
samtbetrag der Marktguthaben ausdehnen wollten,
haben die Gläubiger für 25 v. H. der Summe die
sofortige und für den Rest eine ratenweise Freigabe
erwirkt. Möglicherweise wird das den deutschen Geld
markt ungünstig beeinflussen, wenngleich man nicht
übersehen darf, daß die Marktguthaben mit 1/4 Mil
liarden Mark relativ gering sind.

Aber dieses Stillhalteabkommen bildet auch gar
nicht den Kernpunkt des Baseler Verhandlungsbe
schlusses. Weit bedeutender ist der von dem Engländer
Layton ausgearbeitete und von allen — auch den fran
zösischen — Sachverständigen unterzeichnete Bericht,
der die deutsche Wirtschaft als die Schlüsselstellung der
Weltwirtschaft kennzeichnet, also als die Stelle, bei
der der Hebel angelegt werden muß, wenn es allen
Ländern wieder gut gehen soll. Auch damit können
wir zufrieden sein, daß die Sachverständigen ausdrück
lich die Sinnlosigkeit der bisherigen Reparationspoli
tik herausgestellt haben und sie darin erblicken, „daß
die Welt in den vergangenen Jahren versucht hat,
zwei verschiedene sich widersprechende politische
Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung
eines internationalen finanziellen Systems zuließ,
welches die jährliche Zahlung großer Summen von
Schuldenrücklagen an Gläubigerländer mit sich brachte
und gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse
in den Weg legte.“

Damit haben die Politiker, die ja nun wieder
das Wort haben, zu wählen: entweder Tribute und
die Ueberflutung der Märkte mit deutschen Waren,
oder aber allgemeine Wohlfahrt und mög
lichst keine Tribute. Um den Staatsmännern
die Wahl noch zu erleichtern, haben die Sachverständ
igen gleich vorweg bemerkt, das allgemeine Inter
esse gebiete, Deutschland vor einer radikalen Ausfuhr
politik zu bewahren. Diese Warnung lag nahe, hat
Deutschland doch bereits in der Handelspolitik ener
gische Maßnahmen getroffen, um die Tribute heraus
zuwirtschaften. Während unsere Einfuhr im Jahre
1929 noch 18,6 Milliarden Mark ausmachte, dürfte
sie 1931 kaum noch über 6 Milliarden liegen. Ent
sprechend der allgemeinen Tendenz ist natürlich auch
die Ausfuhr zurückgegangen, jedoch nicht in dem glei
chen Maße, so daß ein wachsender Ausfuhrüberschuß
zu erwarten ist.

Für die politische Fortentwicklung ist dieser Teil
des Sachverständigenberichts von größter Bedeutung.
Wie war es doch 1924, als erstmals in Paris Sachver
ständige zusammentraten und auf ihrem Gutachten der
Dawesplan aufgebaut wurde? Hat man damals
Deutschland nicht Jahreszahlungen in Höhe von 2,5
Milliarden Mark aufgebürdet und die deutschen Ver
treter selbstzufrieden mit der Versicherung entlassen, es
werde schon gut gehen, niemand wolle Deutschland
ruinieren, aber man sei überzeugt davon, daß Deutsch
land die Tribute schon durch die Ausfuhr finanzieren
werde. Und haben nicht auch die hochgelehrten Sach
verständigen der Young-Konferenz sich dazu bekannt,
daß die Tribute durch die Ausfuhr — und nur durch
die Ausfuhr — bezahlt werden müssen? Die neue Er
klärung, die jetzt die Baseler Sachverständigen abge
geben haben, bedeutet daher einen ganz offenen Wi
derruf des bisherigen Reparations
„Glaubensbekenntnisses“ und das Eingeständ
nis eines schlimmen Irrtums.

Wenn sonst im Geschäftsleben Fehlkalkulationen
vorkommen, dann treffen die Folgen in erster Linie
den, der sich verrechnet hat. In der Reparationsfrage
dagegen hat Deutschland die Hauptkosten des Irrtums
tragen müssen. Nicht, daß die Sachverständigen selbst
Nehliches offen und eindeutig festgestellt haben, aber
es ist doch die logische Schlussfolgerung aus ihrem Gut
achten und zugleich der Punkt, von dem aus die deutsche
Politik die Dinge vorwärtstreiben muß.

Weniger offen als über diese tatsächlich grund
legende Schwierigkeit haben sich die Finanzsachverständ
igen über die politische Hypothese ausgesprochen,
die die europäischen Beziehungen belastet. Man hat
zwar die Notwendigkeit einer Neuordnung der Bezie
hungen „auf der Grundlage freundschaftlicher Zusam
menarbeit und gegenseitigen Vertrauens“ anerkannt,
sich damit aber begnügt und so der Phantasie breitesten
Spielraum gelassen. Hat aber nicht diese freundschaft
liche Zusammenarbeit selbst noch eine Voraussetzung, näm
lich die Schaffung gerechter Verhältnisse? Denn so sehr
das Leben auf Kompromisse angelegt sein mag, ein
Kompromiß ist unmöglich: man kann den europäischen
Frieden nicht dadurch organisieren wollen, daß man die
Tributverträge revidiert und die politischen Diktate
stabilisiert.

Admiral von Truppel†.

Berlin, 21. August. Einer der verdienstreichsten deut
schen Kolonialführer, Admiral Oskar von Truppel,
der frühere Gouverneur von Kiautschau, ist im Alter von
78 Jahren gestorben. Truppel gehörte bis 1871 bis 1911
der Marine an und wurde 1899 Befehlshaber, 1901 Gou
verneur des deutschen Schutzgebietes Kiautschau in China,
das er mit außerordentlicher Umsicht zehn Jahre lang ver
waltete.

Amerika wartet ab.

„Das Hooverjahr soll sich erst auswirken.“

— Washington, 21. August.

Im Staatsdepartement neigt man gegenüber den Empfehlungen des Völkerverständigungsausschusses zu der Ansicht, daß der gesamte Fragenkomplex einer sorgfältigen Prüfung von tatsächlichen politischen Gesichtspunkten aus bedürfe und man gegenwärtig nicht in der Lage sei, irgend einen formellen Schritt anzukündigen.

Man glaubt, daß es sich empfiehlt, die am 20. Juni proklamierten Hooverpläne, der ja sowohl die Kriegsschulden wie die Reparationen umfaßt und erstmalig in der Geschichte der amerikanischen Nachkriegspolitik die beiden Konten in Verbindung miteinander brachte, Zeit zur ruhigen Auswirkung zu geben. Hierzu kommt, daß Staatssekretär Stimson, der sich über die europäische Lage aus erster Hand informiert, nicht vor dem „Labour-Day“, also nicht vor dem 8. September zurückzukehren wird, und keine definitiven Pläne gefaßt werden dürfen, bis er im Weißen Hause einen mündlichen Bericht erstattet hat.

Aus diesen Gründen wurden europäische Meldungen über eine neue internationale Konferenz hier als verfrüht bezeichnet. Insbesondere erklärte man im Staatsdepartement, daß ein angeblicher Plan, die Kriegsschulden durch Herabsetzung des Zinsfußes zu verringern, hier nicht erwogen worden sei. Zu der angeblichen Haltung der Bonner Zeitung „Daily Herald“, daß Präsident Hoover bereits einen neuen Plan für die Lösung der internationalen Finanzprobleme ausgearbeitet habe, wurde erklärt, daß der „Daily Herald“ nicht das Sprachorgan der amerikanischen Regierung sei.

Blutbad auf Ruba.

Heftige Kämpfe zwischen Truppen und Aufständischen. — Etwa 300 Tote.

Auf der Insel Ruba kam es bei Gibara zu heftigen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. Die Regierungstruppen wurden unterstützt von Flugzeugen und einem Kanonenboot. Ein amerikanischer Sonderkorrespondent spricht von einem wahren Blutbad und berichtet, daß von den 3000 Mann, die sich gegenüberstanden, etwa 200 bis 300 gefallen sind. Die Regierungstruppen erbeuteten 57 Maschinengewehre sowie viele Gewehre, und schlugen die Aufständischen in die Flucht. In der Nähe von Gibara sammelten sich die Aufständischen dann in einem Tunnel zu neuem Widerstand, worauf die Kämpfe dann wiederauflebten.

Italienischer Schiffsbesuch.

— Kiel, 21. August.

Von Amsterdam kommend trafen am Donnerstag die dreimaatigen italienischen Segelschiffe „Amerigo Vesputio“ und „Cristoforo Colombo“ in Kiel ein. Die Schiffe werden bis Sonntag im Hafen verbleiben. Als die italienischen Schiffe Friedrichsort passierten, ging am Mast der dortigen Salubatterie, die den Landeslaten von 21 Schuß feuerte, die italienische Flagge hoch. Der Begrüßungsalut wurde hierauf von der „Vesputio“, die im Vortop die deutschen Farben gefaßt hatte, erwidert. Beim Passieren der Schleusen salutierten die „Vesputio“ die Flagge des deutschen Flottenchefs. Der Besuchsaustausch des italienischen Geschwaders mit dem Flottenchef und den deutschen Behörden findet im Verlaufe des heutigen Freitags statt.

Die Durchsuchung des Liebtnechtshauses

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten hat die Durchsuchung des nunmehr wieder freigegebenen Berliner Karl-Liebtnecht-Hauses, umfangreiches Material dafür erbracht, daß sich in dem Hause die Zentrale für die Zerkleinerungsarbeit in Schutzpolizei und Reichswehr befand. Es wurden Unmengen von sogenanntem Zerkleinerungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden, die für die teils schon schwelenden, teils einzuleitenden Strafverfahren wegen Hochverrats von großer Bedeutung sind. Ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der illegalen sogenannten Zellen-, Häuserblock- oder Betriebszeitungen, die sich durch ihren besonders heftigen Charakter auszeichnen, im Karl-Liebtnecht-Hause hergestellt worden sind.

Abd el Krim aus der Gefangenschaft entkommen?

— London, 21. August. In der spanischen Hauptstadt läuft ein Gerücht um, daß der berühmte Führer des Aufstandes, Abd el Krim von der Insel Reunion, wo er interniert war, entkommen sei und einen neuen Aufstand gegen die Spanier in Marokko vorbereite.

Metallarbeiterverband verurteilt.

Zum Ersatz eines durch die Organisierung von Streikposten entstandenen Schadens.

In dem Prozeß des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Düsseldorf, gegen den Deutschen Metallarbeiterverband, bei dem es sich um die Frage des Umfangs der tariflichen Friedenspflicht bei kollektiver Herabsetzung über tariflicher Verdienste handelte, hat das Arbeitsgericht das Urteil gefällt. Das Gericht hält es für erwiesen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband durch Aufrufe und Organisierung eines Streikpostendienstes die Sperre über die Essener Firma Schultenhaus und Cinnemann verhängt hat, obgleich die Firma bereit war, zu tariflichen, wenn auch herabgesetzten Löhnen arbeiten zu lassen und verurteilt den Deutschen Metallarbeiterverband daher zum Ersatz des durch die Sperre entstandenen Schadens.

In Frage steht nach der in Essen durchgeführten Beweisaufnahme ein Betrag von mindestens 7000 Mark. Die Widerklage des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde als unbegründet zurückgewiesen, weil ein Verschulden des Arbeitgeberverbandes nicht dargetan sei. Die Kosten wurden dem Deutschen Metallarbeiterverband auferlegt.

Großfeuer in Eschweiler.

Eine Modellschleiferei mit sämtlichen Maschinen vernichtet.

Wie aus Eschweiler berichtet wird, brach in den ersten Morgenstunden in der Eschweiler Maschinen- u. G. Feuer aus. Das 50 Meter lange Magazingebäude mit der angeschlossenen Schleiferei stand in hellen Flammen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, das Umschlagreifen des Feuers auf die Büroräume und die angrenzenden Fabrikgebäude zu verhindern. Die Rettung der großen Materialvorräte und wertvollen Modellstücke war unmöglich. Die Modellschleiferei und die Maschinen sind den Flammen zum Opfer gefallen. Es gelang lediglich, vier Automobile, darunter einen Krankenwagen, zu retten. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt. Das Werk liegt schon über eine Woche still. Der Schaden ist außerordentlich hoch, aber durch Versicherung gedeckt.

Verschiedenes.

— Salzbrunner Freizeit. Der vorbereitende Ausschuß der Salzbrunner Freizeit ist übereingekommen, die in diesem Jahre für den 30. 9. bis 4. 10. vorgesehene Freizeit mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage ausfallen zu lassen. Es wird statt dessen eine eintägige Veranstaltung in Breslau geplant. Die nächste Salzbrunner Tagung wird für das nächste Frühjahr in Aussicht genommen.

Maluche, P., Breslau.

Im Spätsommer und Herbst nach Bad Salzungen!

Wenn die vorgerückte Jahreszeit den Aufenthalt an der See und im Gebirge ungemütlich zu machen beginnt, wenn der Trubel der sommerlichen Reisezeit vorüber ist, so hält der Ruhe- und Erholungsbedürftige Umschau nach einem noch jetzt geeigneten Reiseziel, sucht der Leidende und Kranke nach einem Heilbade, dessen Ruf und günstige klimatische Lage ihm auch im Herbst Genesung schaffen können. Da ist es denn das in unmittelbarer Nähe des Teutoburger Waldes gelegene lippische Heilbad Salzungen, auf welches wegen seiner bevorzugten, natürlichen Lage und seiner anerkannt heilkräftigen Thermal- und Solquellen in allererster Linie hingewiesen werden kann. Die Badverwaltung zeigt hinsichtlich der Preise weitgehendstes Entgegenkommen, Gasthäuser und Fremdenpensionen setzen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung wesentlich herab und verbilligen die eingeführten Pauschalkuren dem bedürftigen Mittelstande ganz außerordentlich den Herbstaufenthalt in dem schönen und durchaus empfehlenswerten Bade Salzungen.

Bad Dürheim.

Im „Aufwärts“ steht eine Frage: Wohin? und wird beantwortet mit Salzungen; als das allerbeste Bad empfohlen! Gewisse Vorzüge sind nicht zu leugnen.

Mir sei gestattet, auf Bad Dürheim, Schwarzwald, aufmerksam zu machen, welches gar nicht bekannt genug ist. Es hat einen besonderen Vorzug! Solbäder haben wir zur Genüge, aber die Höhenluft fehlt. Bad Dürheim ist das höchstgelegene Solbad von ganz Europa, 700 Meter, eine Hochebene mit wunderbarer, reiner, starker Luft, besonders für Nerven und Herz. Hier ist natürliche Höhenluft! An der einen Seite hin zieht sich welliges Hügelband mit wunderbaren Tannenwäldern, schönen Spaziergängen, herrlicher Fernblick bis zu den Alpen.

So hat der gnädige Schöpfer Bad Dürheim besonders bevorzugt. Einige Stunden mehr D-Zugfahrt spielt keine so große Rolle, wenn man nur den rechten Ort findet. Dies wird reichlich bezeugt von vielen Kurgästen. Es ist kein Luxusbad, aber ein Heilbad! Für Leib und Seele ist gesorgt! Man wende sich vertrauensvoll ans Evangelische Pfarramt.

Fr.

Sonder-D-Zug mit 40 Prozent Fahrpreisermäßigung.

Die Reichsbahndirektion Hannover beabsichtigt, bei genügender Beteiligung einen ihrer beliebten Verwaltungssonderzüge, deren Benutzer 40 Prozent Fahrpreisermäßigung genießen, vom 6. bis 13. September 1931 nach Oberbayern zu fahren. Besucht wird München, der Chiemsee (Besichtigung des Prunkschlosses) und das Berchtesgaden- und Land in den herrlichen bayerischen Alpen. In München sind 2 Uebernachtungen und in Berchtesgaden 5 Uebernachtungen in guten Hotels und ersten Pensionen vorgesehen.

Der Sonderzug wird aus neuen Eilzugwagen oder aus D-Zugwagen zusammengestellt und beschleunigt durchgeführt. Abfahrt von Hannover am Sonntag, den 6. September im Anschluß an die Morgen-D-Züge aus Richtung Bielefeld, Bremen und Helgen gegen 10.30 Uhr.

Alles Nähere ist aus dem ausführlichen Reiseprogramm zu ersehen, das voraussichtlich ab 21. d. M. bei allen beteiligten Fahrkartenausgaben und den Reisebüros kostenlos zu haben ist.

Bestellungen auf Fahrkarten (ab Bielefeld 52,80 Mk.) und Gutscheine (für Uebernachtung, Frühstück, Mittag- und Abendessen 68,00 Mk.) werden schon jetzt bei den Fahrkartenausgaben und in den Reisebüros entgegen genommen.

Kirchennachrichten für Zlon.

Sonntag, den 23. August 1931. 12. S. n. Trin.
8 1/2 Uhr: Pastor Börmann; 9 Uhr (im Affasphum): Pastor Metz; 10 Uhr: Pastor Tegmeyer; 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. Montag 20 1/2 Uhr: Gosen, Gemeindegottesdienst. Donnerstag 19 1/2 Uhr: Pastor Stratenwerth.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 23. August. 8 Uhr vorm. Frühgottesdienst: Pastor Neuhaus; 10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst: Pastor Dahlmann. Mittwoch, den 26. August. 8 1/2 Uhr: Bibelstunde im Gemeindefaule.

Waldgottesdienst bei gutem Wetter auf der Waterbör. Am Sonntag, den 23. August 1931, vorm. 10.15 Uhr.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Freitag, 8 1/2 Uhr Bibelstunde in Gosen (Herr Romann). Anschließend kurze Vorstandsbesprechung. Tagesordnung: 1. Monatsplan für September; 2. Verschiedenes. Eingeladen sind die Vorstandsmitglieder und die Helfer.

Schriftleitung: W. Kros; Wirtschaftl. und Belpolitik: Dr. G. Huttel; Einzeligen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Ernst Münch, Brackwede

Hauptstraße 81



Silber-Bestecke

aller Fabrikate

Jungborn Rudolf Justs Kuranstalt

IM HARZ und Sehschule Jungborn.
35 JAHRE JUNGBOHN-KUREN:
Wasser, Heilende, Sonne, Luft, Atmung, Gymnastik, Massage,
Diät u. Fällenkuren. Arzt: Dr. Justs, Kurort: Jungborn.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik

ERNST DAVID

gegründet 1885

prämiiert mit Ehrendiplom und goldener Medaille

lieferer als Spezialität die von den

Posaunen-Chören

bevorzugten Flögelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20—26

Katalog und Preisliste gratis.

Miele
ballonbereift
verchromt

Das Bequemste • Das Neueste
Das Preiswerteste
zu haben in den Fahrradhandlungen.
Mielewerke A.G.
Gütersloh / Westfalen
über 2000 Werksangehörige.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Junges Mädchen, 23 Jahre alt, im Nähen und Kochen perfekt sucht Stellung
zum 1. September im Privathaushalt. Angebote unter A 1809 an die Geschäftsstelle d. W.

Kleine christliche Privat-Pension
Otto Roth
Lustkurort Auerbach a. d. B.
Villa, Garten. Sonnige Lage. Liegehalle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause.
Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—
Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Mein edler Tüchtiger Vollstetkase
mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0,90 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis mit Nachn. Porto u. Verpackung frei.
Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei Jedwillen.
Post Moltweihen. Tüftler Niederung.

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule
Edardschhaus der Westf. Diakonissenanstalt Carepta
bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Leitung d. Schule.

Warum noch schlaflos?
Nehmen Sie
Just's Nerventonicum
Gittfrei!

Gegen nervöse Leiden, Schlaflosigkeit, Erschöpfungszustände, Krämpfe, Veitstanz usw. Flasche Mk. 3. Zu einer Vollkur 5 Fl. franko
Reformhaus E. Wehmeyer
Bad Salzungen, Lange-Str. 45

Pianos

Harmoniums
erstklassige und solide Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung
Bielefelder Platz u. Harmonium-Hdg.
Otto Sierstadt
Bielefeld, Ellerstraße 17.
Uegr. 1905. Tel. 8787